

Kanzelabkündigung

„Schutz für Menschen in Not“

Kirchenkreisrat verabschiedet folgende Kanzelabkündigung zum Kirchenasyl mit der Bitte, diese den Gemeinden bekannt zu machen:

Der Kirchenkreisrat des Pommerschen Evangelischen Kirchenkreises nimmt sehr beunruhigt zur Kenntnis, dass die Vertreter der NPD und der AfD auf der Sitzung des Kreistages Vorpommern-Greifswald am 22. September das Kirchenasyl in Wolgast kriminalisierten und dessen Beendigung forderten.

Maßstab unseres Handelns als Christen ist Jesus Christus. Er sagt: „Ich war ein Fremder und ihr habt mich aufgenommen.“ (Matth 25,35). Damit ist von ihm gemeint: Mit jedem Fremden, den wir aufnehmen, nehmen wir Jesus Christus auf, und mit jedem Fremden, den wir nicht aufnehmen, nehmen wir auch Jesus Christus nicht auf.

Als Leitung des Pommerschen Evangelischen Kirchenkreises stellen wir uns hinter alle unsere Kirchengemeinden, die Kirchenasyl gewähren, und hinter alle Christ_innen, die dabei aktiv sind. Wir erinnern an das Wort der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland „Flüchtlingsaufnahme solidarisch gestalten“ von vor einem Jahr. Darin heißt es: In „der Nordkirche engagieren sich Christinnen und Christen seit langem durch Kirchenasyle und Gästewohnungen für Flüchtlinge. Wir dürfen als Kirche nicht müde werden, Menschen in Not zu schützen und zu begleiten. ... Auch in Zukunft werden Menschen fliehen müssen. Wir sollten also heute beginnen, das Zusammenleben zu üben, eine Willkommenskultur zu pflegen und einander auf Augenhöhe zu begegnen.“

Dankbar sind wir für all diejenigen in Kirche und Gesellschaft, die sich im Alltag und in der Politik für Flüchtlinge engagieren und Menschen in Not zur Seite stehen.

Für den Kirchenkreisrat
Propst Gerd Panknin / Vorsitzender